



DR. OTTO WIESHEU

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz, die wir für das abgelaufene Jahr ziehen können, gehört zu den besten der Nachkriegsgeschichte. Der Aufschwung hat sich auf breiter Front fortgesetzt. Kaum eine Branche in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe stand 2011 im Konjunkturschatten. Erneut haben 3 Prozent Realwachstum zu Buche geschlagen. Der schwere Einbruch von 2009 ist wettgemacht. Die Ausfuhren bewegten sich zuletzt wieder auf Rekordkurs. Anders als in früheren Jahren hat auch die Binnennachfrage für positive Impulse gesorgt. Die Verbraucher waren ausgabe-freudiger; die Unternehmen haben deutlich mehr investiert. Nie zuvor gab es in Bayern mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als heute – rd. 4,7 Millionen. In weiten Teilen des Freistaats liegt die Arbeitslosenrate unter 3 Prozent. Das ist praktisch Vollbeschäftigung. Wachsende Fachkräfteknappheit beginnt als beschäftigungspolitische Herausforderung den jahrelangen Mangel an Arbeit abzulösen.

Wirtschaft zum Jahreswechsel 2011/2012 in stabiler Verfassung

Festzustellen ist: Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik in Deutschland und Bayern nach dem Lehman-Crash und dem Absturz der Weltwirtschaft 2008/2009 hat besser funktioniert als in vielen anderen

Agenda 2012 Vor großen nationalen und internationalen Herausforderungen

Ländern Europas und jenseits der europäischen Grenzen. Dazu beigetragen hat die in den letzten Jahren gewonnene internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wir sind deshalb schneller aus der schweren Rezession wieder herausgekommen. Unsere Wirtschaft befindet sich zum Jahreswechsel 2011/2012 insgesamt in einer stabilen und robusten Verfassung. Das verschafft dem früheren „kranken Mann Europas“ heute international Respekt und Anerkennung.

Anfang 2012 sind die Prognosen allerdings nicht mehr so gut wie vor Jahresfrist. Mit einer erneuten Rezession rechnet zwar kaum einer der professionellen Auguren. Aber das Wachstum soll sich nach allen Vorhersagen spürbar verlangsamen und im Jahresdurchschnitt auf die Größenordnung von nur noch 0,5 Prozent bis 1 Prozent abflachen, obwohl viele Betriebe nach wie vor über gut gefüllte Auftragsbücher verfügen. Dies ist ein kritischer Punkt. Die Lage folgt häufig genug der Stimmung. Wird Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung geweckt, werden sehr schnell Investitionsentscheidungen in den Unternehmen aufgeschoben, Einstellungspläne vertagt; die Verbraucher verschieben Anschaffungen. Die Negativprognosen beginnen sich selbst zu erfüllen. Das darf nicht passieren. Gleichzeitig können wir es uns nicht erlauben, den Aufschwung durch Untätigkeit oder falsche Entscheidungen in der Politik auf internationaler und nationaler Ebene zu unterminieren. Aktive wirtschafts- und finanzpolitische Zukunftssicherung ist und bleibt eine Daueraufgabe.

Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft stärken

Die große übergreifende Herausforderung bleibt es, das uneingeschränkte Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wiederher-

zustellen. Als dritter Weg jenseits von Sozialismus und schrankenlosem Kapitalismus ist und bleibt sie die zukunftsfähigste aller Ordnungen – auch wenn ihr Ansehen in Ost- und Westdeutschland unter der Krise auf den Finanzmärkten spürbar gelitten hat. Fälschlicherweise. Die Finanzmarktkrise war keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft. Im Gegenteil: Sie hat gezeigt, welche verhängnisvollen Fehlentwicklungen eintreten, wenn Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft über Bord geworfen und zentrale Leitideen wie das Zusammengehören von Freiheit und Verantwortung, Chance und Haftung sträflich missachtet werden.

Wir müssen zurück zu Eucken, Röpke, Müller-Armack, Ludwig Erhard. Schon Ihnen war klar: Wirtschaft und Markt können sich nicht völlig selbst überlassen werden. Sie müssen auf den Werten des Grundgesetzes aufbauen, also auf Freiheit, Subsidiarität und Beteiligungsgerechtigkeit. Das sind die gleichen Werte, auf denen die anderen Säulen unserer Gesellschaftsordnung – parlamentarische Demokratie, liberaler Rechtsstaat und aktivierender Sozialstaat – beruhen.

Keine dieser Säulen kann ohne Gefährdung der anderen herausgebrochen werden. Und ebenso wie diese Bereiche brauchen Wirtschaft und Markt spezielle Regeln, die im Ergebnis zu einem fairen Leistungswettbewerb führen und damit den Wohlstand aller nachhaltig fördern. Hinzu kommt: Die Regeln müssen überwacht und durchgesetzt werden. Das bedeutet: Der Staat spielt nicht selbst als Akteur im Wirtschaftsleben mit. Aber er sorgt als starker Ordnungsfaktor für funktionierende Märkte. Und je globaler die Wirtschaft agiert, desto internationaler muss das Regelwerk werden.

Regulierung der Finanzmärkte vollenden

Das gilt auch und gerade auch für die Finanzmärkte. Eine bessere Regulierung >>

>> ist hier zuallererst geboten. „Kein Land, kein Finanzinstitut, kein Finanzprodukt“ darf mehr unreguliert bleiben, hatten sich die G20 unmittelbar nach dem Lehmann-Desaster als Agenda vorgenommen. Leider ist es bisher vielfach bei Absichtserklärungen geblieben. Drei Jahre nach dem Fast-Zusammenbruch des Weltfinanzsystems ist im Bereich des Derivatehandels, der Schattenbanken, der Hedgefonds etc. vieles noch immer nicht reguliert. Die Widerstände dagegen werden größer, weil einige Länder ihre Industrie vernachlässigt haben und wesentlich von ihren Finanzplätzen leben. Dabei ist klar: Eine nochmalige globale Finanzkrise vom Ausmaß der letzten könnte die Staatengemeinschaft nicht mehr beherrschen. Die Bankenabgabe mit ihrem jährlichen Aufkommen von kaum mehr als 1 Mrd. Euro in Deutschland würde uns jedenfalls nicht retten. Dann stünde alles in Frage: auch unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Deshalb dürfen wir in diesem existenziellen Punkt auch nicht nachgeben.

In einem engen Zusammenhang damit steht die schwere Staatsschuldenkrise in der Eurozone, die uns seit dem 9. Mai 2010, als das erste Rettungspaket für Griechenland geschnürt werden musste, immer stärker in Atem gehalten hat. Auch diese Krise geht letztlich auf grobe haushaltspolitische Disziplinlosigkeit, mangelnde Verantwortung und klare Regelverstöße gegen den Geist der Sozialen Marktwirtschaft zurück. Es war deshalb richtig und wichtig, dass Bundeskanzlerin Merkel auf dem EU-Gipfel am 8./9. Dezember in Brüssel mit Härte und Beharrlichkeit für mehr und dauerhafte finanzpolitische Disziplin in der EU gekämpft hat. Das Thema „Eurobonds“ (= Vergemeinschaftung der Schulden) ist ebenso vom Tisch, wie die Forderung, der EZB einen Freibrief auszustellen zugunsten einer Staatsfinanzierung durch die Notenpresse.

Schuldenkrise: Kurs halten

Die Hauptverantwortung für die Überwindung der Schuldenkrise bleibt dort, wo sie hingehört: in der Eigenverantwortung der zu hoch verschuldeten Staaten. Die Schuldenstaaten müssen einen schmerzhaften Sparkurs verfolgen, ihre Steuerbasis verbreitern und Privatisierungserlöse realisieren, um von ihren zu hohen Schuldenständen herunterzukommen. Sparen allein genügt aber nicht. Die betroffenen Länder müssen gleichzeitig durch Kostendisziplin und gezielte Anreize zugunsten von Investitionen, Innovationen und Unternehmensgründungen ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen, um neues Wachstum anzustoßen und um ihre Leistungsbilanzdefizite abzubauen und möglichst in Überschüsse zu verwandeln. Nur sparen, reformieren, investieren führt aus der Krise und bringt die notwendige Kreditwürdigkeit an den internationalen Finanzmärkten zurück. Überbrückungshilfen dürfen diesen Reformzwang nicht außer Kraft setzen. Eine Transferunion nach dem Muster unseres Länderfinanzausgleichs jenseits der bereits bestehenden Kohäsions- und Regionalfonds würde Europa im Spiel der globalen Mächte insgesamt schwächen. Dieser Weg darf nicht gegangen werden.

tion, Innovationen und Unternehmensgründungen ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen, um neues Wachstum anzustoßen und um ihre Leistungsbilanzdefizite abzubauen und möglichst in Überschüsse zu verwandeln. Nur sparen, reformieren, investieren führt aus der Krise und bringt die notwendige Kreditwürdigkeit an den internationalen Finanzmärkten zurück. Überbrückungshilfen dürfen diesen Reformzwang nicht außer Kraft setzen. Eine Transferunion nach dem Muster unseres Länderfinanzausgleichs jenseits der bereits bestehenden Kohäsions- und Regionalfonds würde Europa im Spiel der globalen Mächte insgesamt schwächen. Dieser Weg darf nicht gegangen werden.

Vorbildliche bayerische Haushaltspolitik

Auch Deutschland steht bei einer Gesamtverschuldung von mehr als 2 Bio. Euro und einem Schuldenstand von über 80 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, unter Konsolidierungsdruck. Umso mehr ist zu begrüßen, dass Bayern auch 2012 am ausgeglichenen Haushalt festhält, Steuermeinnahmen dazu nutzt, Rücklagen in Höhe von 3 Mrd. Euro zu bilden und Schulden in einem Umfang von einer Viertel Mrd. Euro zurückzahlen. Das ist vorbildlich. Gleichzeitig müssen auch in der Bundesrepublik die Weichen für neues Wachstum und neue Beschäftigung gestellt und der Aufschwung durch eine gezielte Politik der Bestandspflege und der Modernisierung abgesichert werden.

Das beginnt beim anhaltenden Kampf gegen überflüssige Bürokratie, die vor allem im Mittelstand unnötig Kräfte bindet. Das „kleine Wunder“ auf dem deutschen Arbeitsmarkt – ablesbar vor allem am Rückgang der Sockelarbeitslosigkeit – ist nicht zuletzt den gezielten arbeitsmarktpolitischen Reformen im letzten Jahrzehnt zu verdanken. Wir sollten nicht den Fehler machen, das Rad zurück zu drehen und die erreichten Erfolge damit zu gefährden. Aus den gleichen Gründen sind Steuererhöhungen zu Lasten der Personengesellschaften, wie sie die Opposition fordert, abzulehnen. Wenigstens ein kleiner Teil der beträchtlichen Steuermeinnahmen, die sich aufgrund der glänzenden Wirtschaftslage in den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden eingestellt haben, müssen vielmehr wie geplant für gezielte steuerliche Entlastungen verwendet werden. Wenn der Staat die inflationsbedingte „kalte Pro-

gression“ entschärft, dann gibt er nur etwas zurück, was ihm nicht zusteht. Bessere Abschreibungsbedingungen und die steuerliche Breitenförderung von Forschung und Entwicklung im Mittelstand sollten hinzukommen. Sie setzen direkt an der Förderung von Investitionen und Innovationen an und implizieren damit ein Höchstmaß an Selbstfinanzierung.

Aufschwung absichern

Massive Investitionen in Bildung und Weiterbildung, also in das Wissen und handwerkliche Können der Menschen, sind ein Muss im internationalen Wettbewerb und Strukturwandel. Sie bilden neben längeren Lebensarbeitszeiten, der stärkeren Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben und der gezielten Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer auch einen der Hauptansatzpunkte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Wer aufhört, besser zu werden, wird bald nicht mehr gut genug sein. Stillstand bedeutet Abstieg. Wir müssen weiterhin um so viel besser sein, wie wir teurer sind. „High-Tech“ und „High-Service“ bleiben am Hochlohntandort Deutschland unumgänglich. Auf die Stärkung der Innovationskraft in allen Teilen der Wirtschaft kommt es entscheidend an und damit auf die offensive Förderung von Forschung, Technologie und Clusterbildung. Bayern setzt auch auf diesem wichtigen Politikfeld mit dem Programm „Aufbruch Bayern“, das im Nachtragshaushalt mit zusätzlichen 700 Mio. Euro dotiert wird, Maßstäbe. Parallel dazu müssen in einem Exportland wie Deutschland bzw. Bayern der Ausbau und die Modernisierung der Verkehrs- und Nachrichteninfrastruktur vorangetrieben werden. Verkehrsgengässe dürfen nicht zur Verhinderung von Investitionen und zur Abwanderung von Betrieben und damit letztlich zur Beschäftigungs-, Wachstums- und Wohlstandsbremse werden.

Kraftakt Energiewende

Zweifellos die größte nationale Herausforderung in diesem Jahr ist jedoch der erfolgreiche Einstieg in die Energiewende, nachdem der Totalausstieg aus der Kernenergie bis 2022 – auch im Kernenergieland Bayern – als Reaktion auf das Reaktorunglück von Fukushima politisch beschlossen ist. Es geht nicht nur darum, in sehr kurzer Zeit und abgestimmten Schritten den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung massiv zu steigern, genügend neue Gaskraftwerke als Kernkraftersatz zu bauen, die

Speicherkapazitäten um ein Vielfaches zu erhöhen, die Lücken im Höchstspannungs- und Verteilernetz zügig zu schließen und die Energieeffizienz weiter drastisch zu verbessern. Es kommt auch darauf an, das „magische Dreieck“ der Stromversorgung weiterhin zu erfüllen: Strom muss – ohne Blackouts – jederzeit stabil und verlässlich fließen, er muss für Unternehmen und Verbraucher bezahlbar bleiben und er muss klimafreundlich produziert werden. Die Risiken, die in der Energiewende liegen, klein zu halten und die Chancen, die sie eröffnet, zu nutzen, bedarf eines enormen gemeinsamen Kraftaktes von Wirtschaft und Staat. Nicht zuletzt im industriepolitischen Interesse Bayerns muss er gelingen. Spätestens 2022 – in nur 10 Jahren – wird das Urteil darüber gesprochen werden.

Schlüsseljahr 2012

Fazit: Wir gehen von einer starken gesamtwirtschaftlichen Basis aus in das neue Jahr. Dennoch stehen Wirtschaft und Wirtschafts- und Finanzpolitik 2012 vor internationalen und nationalen Herausforderungen wie selten zuvor. Entscheidungen von großer Tragweite sind zu treffen und durchzusetzen. Der Wirtschaftsbeirat wird die Politik dabei im konstruktiven Dialog unterstützen.

DR. OTTO WIESHEU
Präsident des Wirtschaftsbeirats Bayern

**Alles in Textil... bestickt – bedruckt –
bestrasst – gewoben**

...individuell gefertigt!

**z. B. Trage-/Rucksack-Tragetaschen mit
Fotodruck aus recycelten PET-Flaschen**

München - Kißlegg - Zürich - Wien
Kerler GmbH Accessoires & Fashionteam
Schwanthaler Str. 100, 80336 München
Telefon: 089 54329890,
Telefax: 089 54343587,
E-Mail: post@kerler.de
Internet: www.kerler.de,
www.kerlergmbh.ch, www.kerler.at

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des
Wirtschaftsbeirats Bayern,

die erste Ausgabe unseres Mitteilungsblattes nehme ich gerne zum Anlass, Ihnen noch einmal alle guten Wünsche für 2012 zu übermitteln: vor allem Gesundheit, Glück und Erfolg.

Bayerns Wirtschaft ist mit Rückenwind in das neue Jahr gestartet. Gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren war 2011 eines der besten Jahre der Nachkriegsgeschichte – vielleicht das Beste überhaupt, wie in vielen Jahresrückblicken zu recht hervorgehoben wurde. Es wird nicht leicht sein, daran in diesem Jahr anzuknüpfen. 2012 dürfte wirtschaftlich wie auch politisch mit Blick auf das große Wahljahr 2013 zu einem Schlüsseljahr werden. Auf die Aufgaben, die vor uns liegen, ist unser Präsident, Dr. Otto Wiesheu, in seinem traditionellen Leitartikel zum Jahresauftakt, umfassend eingegangen.

Bemerkenswerterweise entfalten die insgesamt glänzenden „nackten“ Wirtschaftszahlen nicht mehr die politische Wirkung früherer Jahre. Der Slogan von „Laptop und Lederhose“, mit der das Leitbild der Ära Stoiber auf eine griffige, attraktive Formel gebracht wurde, ist in die Jahre gekommen. Gesucht wird deshalb nach einer neuen überzeugenden, allgemein zustimmungsfähigen und glaubwürdigen Vision von Bayerns Zukunft in den 10er und 20er Jahren.

Niemand wird der Feststellung widersprechen, Wirtschaft und Politik hätten den Menschen zu dienen. Um deren Glück geht es letztendlich in demokratischen, freiheitlich-solidarischen Gesellschaften und nicht um Glanz und Gloria von Staaten. Es mag etwas kitschig klingen, aber was spricht deshalb dagegen, die Vision vom „Glücklichen Bayern“ in den Mittelpunkt eines weiterentwickelten Leitbilds, dem die Politik auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft folgt, zu rücken?

Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung hat um das Thema „Glück“ lange Zeit einen großen Bogen gemacht. Erst in den letzten Jahren hat sich dies gründlich geändert. Die empirischen Einsichten, die dabei gewonnen wurden, liegen im wirtschaftlichen Bereich dicht bei dem, was die meisten von uns immer schon vermuten: Arbeitslos zu sein, macht unglücklich, eine gute, sichere Arbeit zu haben, einen wesentlichen Teil von Glück aus. Einkommensverluste schmerzen, und zwar unabhängig vom erreichten Einkommensniveau. Stetige kleine Zuwächse stellen dagegen zufrieden. Auch die Einkommensrelationen sind wichtig: In Gesellschaften, in denen Einkommen und Vermögen extrem ungleich verteilt sind, regiert das Glück nicht. Ausgreifende Um-

verteilung und Gleichmacherei führen freilich zum selben Ergebnis. Das Glück liegt in der Mitte. Intakte Familienbeziehungen sind ein hohes Gut, das sich kaum mit Geld aufwiegen lässt. Ehrbarkeit im Wirtschaftsleben und Vertrauen in die Verlässlichkeit und Gemeinwohlorientierung staatlicher Institutionen treten in zufriedenen Gesellschaften hinzu.

Für die Wirtschaftspolitik liegen die Konsequenzen auf der Hand: Auch in Zukunft muss Ja gesagt werden zu einem stetigen, umweltgerechten Wachstum, das weitere Verteilungsspielräume eröffnet. Wirtschaftlicher Stillstand, bei dem die einen nur noch das gewinnen können, was die anderen verlieren, erzeugt unweigerlich gesellschaftliche Spannungen. Der entschlossenen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist unverändert größte Bedeutung zuzumessen. Die Befähigung des Einzelnen, erfolgreich am Wirtschaftsleben teilnehmen zu können, also einen guten Beruf ausüben, ein ordentliches Gehalt erzielen und Vermögen bilden zu können, bleibt wichtiger als passive Alimentierung. Familienförderung muss weiterhin großgeschrieben werden.

Bayerns Politik ist diesbezüglich seit langem auf einem guten Weg. Das Programm „Aufbruch Bayern“ mit den Schwerpunkten, Familie, Bildung, Innovation setzt neue richtige Meilensteine. „Glückliches Bayern“ ist deshalb kein ferner Traum. Wie nicht zuletzt die hunderttausendfache Abstimmung mit den Füßen beweist, sind wir dem „Land der Chancen und des Glücks“ schon ziemlich nah – jedenfalls näher als andere.

Herzlichst
Ihr Jürgen Hofmann

Flughafen München Franz Josef Strauß

Die dritte Bahn beflügelt den Standort Bayern



DR. MICHAEL KERKLOH

Mit einem Passagieraufkommen von weit über 37 Millionen hat der Münchner Flughafen im Jahr 2011 abermals eine neue Rekordmarke gesetzt. Gegenüber dem Eröffnungsjahr 1992 hat sich die Zahl der Reisenden am Münchner Airport damit innerhalb von nur zwei Jahrzehnten mehr als verdreifacht. Dieser beispiellose Wachstumserfolg ist vor allem die Folge der systematischen Weiterentwicklung des Flughafens zu einer der führenden europäischen Luftverkehrsdrehscheiben.

Der Betrieb eines prosperierenden Luftverkehrsdrehkreuzes ist aber kein Selbstzweck, sondern vor allem eine Stärkung der Infrastruktur, die erhebliche Impulse für den heimischen Arbeitsmarkt und die Konjunktur mit sich bringt. Gerade für die stark exportorientierte bayerische Wirtschaft sind schnelle und zuverlässige Verkehrsverbindungen zu den relevanten Märkten und Metropolen in aller Welt ein entscheidender Wettbewerbsvorteil. Von der exzellenten Anbindung des Münchner Drehkreuzes profitieren die bayerischen Unternehmen ebenso wie ihre Mitarbeiter.

Alleine auf dem Flughafen-Campus hat sich die Zahl der Beschäftigten seit der Inbetriebnahme im Jahr 1992 auf über 30.000 nahezu verdreifacht. Jedes Jahr werden am Airport über eine Milliarde Euro an Löhnen ausgezahlt. Bezieht man die außerhalb des Flughafens induzierten Beschäftigungsverhältnisse mit ein, so sichert der Airportbetrieb heute bereits über 80.000 Jobs. Dazu kommen die sogenannten katalytischen Effekte – also alle volks- und regionalwirtschaftlichen Auswirkungen, die der Flughafen im Zusammenspiel mit anderen wirt-

schaftlich relevanten Faktoren erzielt. Auch die Bedeutung, die der Münchner Flughafen für die Standortentscheidungen von Investoren aus dem In- und Ausland hat, ist immens: Wie eine Befragung von 100 international tätigen Unternehmen aus der Flughafenregion ergab, ist die Flughafennähe für viele dieser Firmen von existenzieller Bedeutung. Für 88 Prozent der Befragten war die gewährleistete Luftverkehrsanbindung ein wichtiger bzw. sehr wichtiger Standortfaktor.

Durch den Drehkreuzbetrieb und das dynamisch wachsende Verkehrsaufkommen haben sich die Anforderungen an den Münchner Flughafen gegenüber den Anfangsjahren erheblich erhöht. Die funktionale Weiterentwicklung des Airports manifestierte sich auch in der stetig wachsenden Infrastruktur des Airports, die durch neue Einrichtungen und Anlagen entscheidend aufgewertet werden konnte. So entstanden unter anderem das München Airport Center (1999), das Terminal 2 (2003), eine neue Luftfrachthalle (2005) und ein zweites Hotel auf dem Flughafengelände (2010). Im Herbst letzten Jahres wurden die vorbereitenden Maßnahmen für den Bau eines Passagiergebäudes auf dem östlichen Vorfeld des Münchner Airports begonnen. Dieser sogenannte Satellit, der über ein unterhalb des Vorfelds installiertes Shuttlesystem mit dem Terminal 2 verbunden wird, soll die Abfertigungskapazität des Flughafens ab 2015 noch einmal um elf Millionen Passagiere erhöhen.

Das neben dem Satelliten für die Zukunft des Münchner Flughafens wohl bedeutendste Ausbauprojekt ist der geplante Bau der dritten Start- und Landebahn. Bereits im Jahr 2005 wurden die Planungen für diese Kapazitätserweiterung in die Wege geleitet, nachdem sich schon damals erhebliche Engpässe bei den verfügbaren Zeitfenstern für Starts und Landungen offenbarten. Mit den beiden bestehenden Start- und Landebahnen können am Münchner Flughafen maximal 90 planbare Starts und Landungen pro Stunde durchgeführt werden. Durch den Bau der dritten Bahn soll die Kapazität auf mindestens 120 dieser Slots gesteigert werden. Damit würde der Flughafen München die Voraussetzungen erfüllen, um das für die kommenden Jahre erwartete Verkehrswachstum bewältigen zu können. Nach den aktuellen Prognosen wird die Anzahl der Passagiere bis 2025 auf über 58 Millionen steigen, die Anzahl der Flugbewegungen er-

höht sich danach im gleichen Zeitraum auf 590.000. Die beiden bestehenden Bahnen würden für ein solches Verkehrsaufkommen definitiv nicht ausreichen.

Aber nicht nur im Hinblick auf seine Zukunftsperspektiven, sondern auch zur Lösung seiner höchst aktuellen Kapazitätsprobleme ist der Münchner Flughafen auf eine baldige Realisierung der dritten Bahn angewiesen. Zwar lag die Anzahl der Starts und Landungen 2011 mit rund 410.000 noch fünf Prozent unter dem Rekordergebnis aus dem Jahr 2008, aber sie lag auch mehr als 100 Prozent über dem Bewegungsaufkommen aus dem Jahr 1994 – also dem letzten Betriebsjahr vor Beginn der Münchner Drehkreuzentwicklung.



Foto: Flughafen München GmbH

Inzwischen ist der Münchner Airport über die meiste Zeit des Tages voll ausgebucht, freie Zeitfenster für zusätzliche Starts und Landungen gibt es nur noch wenige und diese meist zu Zeiten, die für die Fluggesellschaften nicht zu realisieren sind. Längst sind die betrieblichen Engpässe damit zu einer echten Wachstumsbremse für den Münchner Flughafen geworden. Verbindungen, die von den Airlines von und nach München geplant wurden, kamen nicht zustande, weil die Slots fehlten. Auch die Überlegungen von Fluggesellschaften, Maschinen am Münchner Flughafen zu stationieren, wurden aus dem gleichen Grund nicht weiterverfolgt. Und bei witterungsbedingten Einschränkungen oder betrieblichen Störungen kommt es regelmäßig zu Ausfällen und Verspätungen, weil es keine Kapazitätsreserven mehr gibt.

Mit dem im Juli 2011 veröffentlichten Planfeststellungsbescheid hat die Regierung von Oberbayern nach einer äußerst intensiven Prüfung aller relevanten Planungsinhalte grünes Licht für das Ausbauprojekt erteilt.

...weiter auf Seite 5



Fortsetzung von Seite 4...

Unter der Voraussetzung, dass diese Baugenehmigung zeitnah durch den bayerischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt wird, könnte die dritte Bahn noch Ende 2015 in Betrieb genommen werden.

Für den Münchner Flughafen käme die Ausbaumaßnahme damit keine Sekunde zu früh. Bayerns Tor zur Welt, das in den letzten Jahren auf den siebten Rang unter den passagierstärksten Flughäfen Europas aufgestiegen ist, steht im Wettbewerb mit anderen europäischen Drehkreuzen wie Paris, Amsterdam, Madrid oder Frankfurt, die ihre Bahnkapazitäten mittlerweile alle

auf 120 und mehr planbare Bewegungen erhöht haben.

Würde der Münchner Airport vor diesem Hintergrund auf die dringend benötigte Kapazitätserweiterung verzichten, so liefe er mittelfristig Gefahr, seine Drehkreuzfunktion für den internationalen Luftverkehr ganz oder teilweise wieder einzubüßen, weil die Passagierströme früher oder später zu jenen Standorten ausweichen, die über ausreichende Kapazitäten und Wachstumsoptionen verfügen.

Umgekehrt bietet die entschlossene Realisierung der dritten Bahn eine historische Chance, wie es sie seit der Eröffnung des

Münchner Flughafens nicht mehr gegeben hat. Denn während der Münchner Flughafen dank seiner Drehkreuzentwicklung in den vergangenen zehn Jahren im Hinblick auf das europäische Streckennetz in die internationale Spitze aufgerückt und mittlerweile mit mehr europäischen Zielen als jeder andere Airport verknüpft ist, hinkt er den etablierten europäischen Hubs im Langstreckenbereich immer noch hinterher. Strategisches Ziel der Deutschen Lufthansa ist es deshalb, insbesondere den Interkontinentalverkehr von und nach München in den kommenden Jahren kontinuierlich auszubauen. Im Zuge dieser Weiterentwicklung ihres Münchner Drehkreuzverkehrs will die Gesellschaft die Anzahl ihrer in München stationierten Langstreckenmaschinen mittelfristig von heute 24 auf 40 erhöhen.

Für die Bevölkerung und die Wirtschaft im Freistaat Bayern verbindet sich mit dieser Ausbauplanung die erfreuliche Perspektive, dauerhaft optimal an das weltumspannende Luftverkehrsnetz angebunden zu sein. Im globalen Wettbewerb um Marktanteile und Absatzchancen können die leistungsstarken bayerischen Unternehmen so auch in Zukunft auf weltweite Mobilität zählen.

DR. MICHAEL KERKLOH
Vorsitzender der Geschäftsführung
Flughafen München GmbH

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



◀ 2011 endete der Veranstaltungsreigen des Wirtschaftsbeirates mit einer Einladung der neuen Vorsitzenden des Bezirks Aschaffenburg, Dr. Astrid Nitz. Präsident Dr. Wiesheu sprach über die wirtschaftliche Zukunft Bayerns und Deutschlands.

V.l.n.r.: MdB Norbert Geiß, MdL Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Astrid Nitz, MdL Berthold Rüth, Dr. Otto Wiesheu, Landrat Roland Schwing.



◀ Der mittelstandspolitische Round-Table traf sich am 12. Januar in Aying. Die Teilnehmer diskutierten mit Ministerialdirigent Hermann Lück (3.v.l.), Leiter der Mittelstandsabteilung im Bayerischen Wirtschaftsministerium, über aktuelle Fragen der Mittelstandspolitik.



▲ TUM Präsident Prof. Dr. Wolfgang A. Herrmann, der den Ausschuss für Bildung und Wissenschaften des Wirtschaftsbeirates leitet, eröffnete am 11. Januar die Veranstaltungssaison des Wirtschaftsbeirates. Prof. Regine Keller, Vizepräsidentin der TU München, Referat Studium und Lehre, referierte über den Sinn und die Verwendung von Studienbeiträgen.

V.l.n.r.: Staatsminister a.D. Dr. Thomas Goppel, Prof. Regine Keller, TUM-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Herrmann, MdL Walter Taubeneder

Terminvorschau

26. Januar, Passau

Bezirk Passau: Helmut Brunner, MdL, Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, „Entwicklung im ländlichen Raum am Beispiel Bayerischer Wald“

1. Februar, München

Ausschuss für Finanzmärkte: Dr. Joachim Nagel, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, „Die Finanzmarktkrise und ihre Facetten – neue systemische Herausforderungen“

2. Februar, München

Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Philipp Freiherr von und zu Guttenberg, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, „Wald und Holz im 21. Jahrhundert – die ökonomischen, ökologischen und sozialen Chancen und Herausforderungen“

3.-4. Februar, Aldersbach

Junge Unternehmer und Bezirk Passau: Dr. Lothar Ebbertz, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Brauerbunds e.V., „Bier und Biermarkt in Deutschland“

6. Februar, Kempten

Bezirk Kempten/Allgäu: Armin Geiß, ehem. Vorstand Ruhrgas AG und Thüga AG, Vorsitzender des Fachausschusses für Energiepolitik im Wirtschaftsbeirat „Energiewende – die deutsche Energiepolitik nach Fukushima“

6. Februar, München

Arbeitskreis Junge Unternehmer: Prof. Dr. Wolfgang M. Heckl, Generaldirektor des Deutschen Museums „Die Energiewende – Chancen für bayerische Unternehmen“

7. Februar, Nürnberg

Bezirk Mittelfranken: Professor Dr. Paul Kirchhof, Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht, Bundesverfassungsrichter a.D., „Die Vereinfachung des deutschen Steuerrechts – ein verfassungsrechtliches und politisches Gebot“

13. Februar, München

Bezirk München: Sprechstunde der Münchner Wirtschaft

1. März, Ansbach

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern „Wirtschaftsbeirat Bayern – Anwalt einer zukunftsichernden Wirtschaftspolitik“

2.-4. März, Maierl Alm

Junge Unternehmer: Skiwochenende, Kaminabend mit Politikern der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und jungen Vertretern der Münchner Kommunalpolitik

8. März, Lindau

Bezirk Lindau: Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern

14. März, München

Junge Unternehmer: „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Landtag“

14. März, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Johannes Singhammer, MdB, CSU Bezirksverband München „Reform der Pflegeversicherung“

16. April, Neunburg v. Wald

Bezirk Regensburg: Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG, Wolfgang Tauber, Leiter der Netzfürung, „Netzzusammenbruch – Eine reale Gefahr bei der Energiewende?“

17. April, Marienberg

Bezirk Inn/Salzach: Besichtigung der Wallfahrtskirche St. Maria Himmelfahrt

18. April, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Thomas Klühr, Mitglied des Lufthansa Passagevorstandes München & Direct Services, „3. Startbahn Flughafen München“

29. April, Bamberg

Bezirk Bamberg: Hartmut Koschyk, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

11. Mai, Fraueninsel/Chiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land und Bezirk Rosenheim: Frauenwörter Gespräche mit Prof. Dr. Werner Weidenfels, Direktor CAP - Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München

22. Mai, Kempten

Bezirk Kempten/Allgäu

22.-23. Mai, Berlin

Junge Unternehmer: „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bundestag“

14.-15. Juni

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Christopher Waldner, Teisendorf
- Jobst Küster, München
- Cigdem Serbest, München
- Dr. Georg Westermeier, München
- Werner Schmücking, München
- Peter Geuß, VR Bank Starnberg-Herrsching-Landsberg eG, Herrsching
- Willi Heigl, VP Vermögensverwaltung GmbH, München
- Andreas Bayer, München
- Stefan Bruckner, Hohenbrunn
- Karsten Schuster, Volta Windkraft GmbH, Ochsenfurt
- Daniel-Nicolas Seidl, Ziertheim

Informationen zu Anzeigenformaten und -preisen unter: www.weltbuch-media.de
> Anzeigenmarkt
> Wirtschaftsbeirat

**Expense Reduction Analysts**


Expense Reduction Analysts ist spezialisiert auf die Senkung von Beschaffungskosten. In Deutschland betreuen wir mit knapp 100 Experten mehr als 500 mittelständische Unternehmen, Einrichtungen der öffentlichen Hand und gemeinnützige Organisationen. Durchschnittlich erzielen wir Einsparungen von knapp 20 Prozent.

Expense Reduction Analysts Bayern
Paul Aschenbrenner | Senior Partner
Färbergraben 4 | D-80331 München
Tel: 089 - 238 887 730
paschenbrenner@expensereduction.com
www.expensereduction.com

find extra profit